



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24891 - 93  
Fernschreiber 0886990

P/XIV/138 - 25. Juni 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Reiseziel Moskau USA-Vizepräsident und neun Gouverneure	42
2	"Wir wissen jetzt besser Bescheid" Jugoslawische Politiker in Bonn	43
3	"Der Frontsoldat erzählt ..." Dunkle Andeutungen, die einer Aufklärung bedürfen	53
4	Jugendgefährdend ... Pfarrer-Flugblatt gegen "Falken"-Veranstaltung	48
5	Ungekanntes Ablenkungsmanöver "Kraich in der SPD"	31
6 - 7	Was ist Oberschülern über den Nationalsozialismus zu sagen? Von Pfarrer Jürgen Schroer, Herausgeber der "Jungenwacht"	92

\* \* \*

\* \*

Reiseziel Moskau

sp - Man weiss es schon seit längerer Zeit, misst dem Ereignis jedoch seit einigen Tagen grössere Bedeutung bei, als bisher - ~~der Reise~~ des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Nixon, nach Moskau. Was wochenlang als "Kulturbesuch" angekündigt worden war, entpuppt sich jetzt eine recht beachtliche politische Aktion. Niemand in den USA bezweifelt, dass Nixon in Moskau nicht nur eine amerikanische Ausstellung eröffnen, sondern auch mit den ersten Männern des Kreml politische Gespräche führen wird, deren Bedeutung nach der Genfer Aussenministerkonferenz entscheidend sein kann. Es ist nämlich nicht nur Vizepräsident Nixon, der stellvertretend für Eisenhower in die Sowjetunion kommt; er wird begleitet von dem Leiter des US-Informationsamtes, George Allan und dem Bruder Präsidenten, Milton Eisenhower. Ausserdem wird eine beachtliche Gruppe von Männern aus Wissenschaft und Wirtschaft mit von der Partie sein. Bis jetzt haben sich über 60 amerikanische Journalisten angemeldet, die Nixon auf seiner Reise nach der Sowjetunion begleiten wollen.

In den Vereinigten Staaten wird 1960 der Präsident neu gewählt. Auch Eisenhower und Nixon wissen, dass nur ein Kandidat Chancen hat, der beweist, dass er einer im amerikanischen Volk zweifellos vorhandenen Grundstimmung entgegenzukommen gedenkt. Diese Grundstimmung ist die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Kalten Krieges. Die aktuelle Bedeutung der Reise Nixons liegt in dem Versuch, die Chancen für ein erfolgreiches Gipfeltreffen auszuloten. Man sollte nicht überrascht sein, wenn nach der Rückkehr Nixons aus Moskau manches als überholt zu gelten hat, was man noch während der Genfer Aussenministerkonferenz als "unverrückbaren Grundsatz" darstellte.

Gerade sind die Gouverneure von neun amerikanischen Bundesstaaten in Moskau eingetroffen. Obwohl sie erklärten, sie wollten sich ein Bild über die Verwaltung der Sowjetrepubliken machen, bezeichnet man jetzt schon ihr Unternehmen, als "Vortrupp-Expedition" für die Reise Nixons. Auch die neun Gouverneure werden in der Sowjetunion mehr tun, als nur die Verwaltungsmaschinerie einzelner Sowjetrepubliken zu betrachten. Ihr Reiseprogramm sieht jedenfalls politische Gespräche mit der sowjetischen Spitzengarnitur vor.

Selbstverständlich haben diese Reisen nicht im Entferntesten etwas mit dem zu tun, was man in der Bundesrepublik gelegentlich als "Anzeichen eines Aufweichungsprozesses" zu bezeichnen pflegt. Die neun Gouverneure und Vizepräsident Nixon wollen sich informieren, wollen sich jenseits der Routine-Diplomatie ein eigenes Bild von den Vorstellungen und Zielen der sowjetischen Politik verschaffen. Sie sind sicher davon überzeugt, dass sie damit ihrem Lande und dem Frieden in der Welt einen guten Dienst leisten.

"Wir wissen jetzt besser Bescheid"

sp - Die auf Einladung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in Bonn weilenden jugoslawischen Politiker, Dr. Vladimir Bakarić, Dr. Aless Bebler und Dragi Stamenković, haben bei ihren Gesprächen mit den Mitgliedern des Präsidiums der SPD - Erich Ollenhauer, Herbert Wehner, Fritz Erler, Prof. Carlo Schmid und Martha Schanzbach - und den Mitgliedern des Aussenpolitischen Arbeitskreises der Fraktion mit bemerkenswertem Nachdruck darauf hingewiesen, dass sie den Deutschlandplan der SPD als eine realistische Grundlage für die weltweite Diskussion über die Wiedervereinigung und die Sicherheit in Europa betrachten. Ihren Äusserungen über die Ziele der jugoslawischen Politik war zu entnehmen, dass Jugoslawien an dem Grundsatz der militärischen Neutralität festhält, um einen Beitrag zur Überwindung der militärischen Blockpolitik leisten zu können. Das Verhältnis zwischen Moskau und Belgrad habe sich, so wurde betont, auf der staatlichen Ebene in letzter Zeit verbessert; die ideologischen Meinungsverschiedenheiten bleiben nach wie vor bestehen.

Die drei prominenten jugoslawischen Politiker beantworteten alle Fragen, die das Verhältnis Bonn-Belgrad betreffen, mit grösster Zurückhaltung. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man:

Seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen hat die Bundesrepublik einen Verlust von rund 250 Millionen DM an nicht zustande gekommenen Industrie-Exporten nach Jugoslawien zu verzeichnen.

Jugoslawien hat die benötigten Waren - hauptsächlich Maschinen inzwischen in anderen Ländern gekauft. Die Folge davon ist, dass ganze Industriezweige einen Teil ihrer technischen Ausrüstung auch in späteren Jahren aus den jetzigen Lieferländern beziehen werden.

Für den weiteren Verlauf der Verhandlungen in Genf wünschten die jugoslawischen Gäste "eine grössere Elastizität auf beiden Seiten". Das Beharren auf überholten Positionen könne zu nichts Gutem führen - so sagten sie. Mit grösster Reserve beantworteten die Jugoslawen die Frage, wie sich Belgrad bei Abschluss eines separaten Friedensvertrages zwischen Pankow und Moskau verhalten werde. "Wir werden sehr vorsichtig sein; unser Entschluss wird davon abhängen, ob wir meinen, dass ein solcher Schritt dem Frieden dienen kann".

Beachtlich war das Interesse der jugoslawischen Gäste, die innerpolitische Entwicklung der Bundesrepublik kennenzulernen. Sie gaben nach den zahlreichen Gesprächen, die sie gerade hierüber führen konnten, zu, infolge oft einseitiger Darstellungen in der sich überparteilich nennenden deutschen Presse ein wenig exaktes Bild gewonnen zu haben. Dazu Dr. Bakarić: "Wir wissen jetzt besser Bescheid. Gespräche sind besser, als Papiere zu lesen" - womit er wohl unterstreichen wollte, dass die unmittelbare Information immer aufschlussreicher ist, als die Lektüre von Berichten.

"Der Frontsoldat erzählt ..."

sp - In bemerkenswerter Übereinstimmung mit gewissen, insbesondere in Bayern erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften reichlich rechtsgerichteter Tendenz - dabei ist keineswegs nur an die "Deutsche Soldaten-Zeitung" gedacht, von der sich das Bundesverteidigungsministerium in schöner, aber wenig erfolgreicher Regelmäßigkeit distanziiert - hat soeben die regierungsfinanzierte Flensburger Monatszeitschrift "Der deutsche Soldat" (Untertitel: "Der Frontsoldat erzählt ...", die sogenannten "roten Agenten" aufs Korn genommen, die, so heißt es, die öffentliche Meinung negativ beeinflussen. Das sieht dann, um es ganz wörtlich zu zitieren, so aus:

"Die unlängst aufgedeckte Unterwanderung der westdeutschen Parteien mit roten Agenten ist, am Unheil gemessen, das sie anrichten konnten, ein Kinderspiel gegen die ständige Brunnenvergiftung, die von den roten Agenten an den großen und kleinen Schalthebeln der öffentlichen Meinung betrieben wird. Bei den Parteien handelt es sich für den Krenl lediglich um Beschaffungsstellen für Informationen. Hier aber dreht es sich um permanente Einspritzungen in die Blutbahn der Freien Welt, um eine Vergiftung des allgemeinen Denkens. Sie soll die Völker veranlassen, eines Tages in verzweifelter Ratlosigkeit die Mörder der eigenen Familie ins Haus zu rufen. Können wir diese Entwicklung tatenlos auf uns zukommen lassen?"

Mit dieser dunklen Warnung und Drohung endet der Artikel "Die wirkliche Gefahr beim Namen nennen", ohne daß Verfasser und Redaktion sich die Mühe genommen hätten, die so eifrig beschworene Gefahr nun auch wirklich beim Namen zu nennen. Die Zeit und die Umstände sind aber zu ernst, als daß es noch zulässig wäre, in dieser höchst verallgemeinernden Weise den schwarzen, oder hier roten Mann ohne die geringste Kontur an die Wand zu malen. Die deutsche Öffentlichkeit und mit ihr die gesamte deutsche Publizistik jeder Sparte hat das Recht, die Nennung von Roß und Reiter zu fordern.

Wenn von einer - zugegebenermaßen aus Steuergeldern, die von der Bundesregierung verteilt werden, - finanzierten Zeitschrift mit Emphase in die Welt hinausposaunt wird, daß "an den großen und kleinen Schalthebeln der öffentlichen Meinungsbildung" - soll auf deutsch heißen: Presse, Funk und Film - "rote Agenten" sitzen, die im Auftrage des Krenl Gift in die "Blutbahn der Freien Welt" spritzen, um sie sturmreif zu lähmen, dann darf nicht mehr nur der Mund gespitzt, dann muß gepiffen werden. Eine solche Forderung bekommt nur noch mehr Gewicht, wenn dieser Warnruf in einem Blatt erscheint, das sich "Der deutsche Soldat" nennt, also die Parolen Mut, Tapferkeit, Pflichtbewußtsein und Verantwortungsfreudigkeit sozusagen im Panier führt.

Es ist daher nur ein billiges Verlangen, wenn erwartet wird, daß dieser "Deutsche Soldat" spätestens in seiner August-Ausgabe die von ihm berufenen "roten Agenten an den Schalthebeln der öffentlichen Meinungsbildung" ganz detailliert benennt: Namen, Wohnort, Beruf und Tätigkeitsfeld. Daß dabei handgreifliche und stichhaltige Beweise in jedem Einzelfall mitgenannt werden müssen, daran besteht, so hoffen wir, beim "Deutschen Soldaten" kein Zweifel. Daß die aufgeschreckte öffentliche Meinung ganz bestimmt nicht vergessen wird, die August-Nummer des "Deutschen Soldaten" sehr genau zu studieren, um dort die erbetteten und wohl selbstverständlichen Beweise für die alarmierende "Agenten"-Warnung nachzulesen, daran dürfte in Flensburg sicher ebenfalls nicht gezweifelt werden.

+ + +

Jugendgefährdend ...

K.E. - Vorige Woche konnten die 300 Einwohner des Dorfes Bayerfeld (169 Protestanten, 132 Katholiken, 9 Andersgläubige) im pfälzischen Landkreis Rockenhausen, dem Lande Peter Altmaiers und der absoluten CDU-Mehrheit, ihre staatsbürgerlichen Kenntnisse durch ein "aufklärendes Wort" vervollständigen, das ihnen der katholische Pfarrer des Ortes zu stellte. Auf Flugblättern, die er in der Pfarrei selbst angefertigt hatte - um vor einer Veranstaltung der Sozialistischen Jugend "Die Falken" zu warnen. (In Rechtschreibung und Eigennamen-Verwendung originaltreu!)

"Die 'Falken' ist die Gemeinschaft der sozialistischen Jugend, also eine in der Zielsetzung der Sozialistischen Partei Deutschlands (SPD) verbundene Jugendgemeinschaft. Ihre Religionsgemeinschaft: die Freireligiösen.

Die Plakate mit der Einladung sind von einem Jungen geschrieben, der aus der Katholischen Kirche ausgetreten ist.

Die Jugendgemeinschaft der aktiven katholischen Jugend, ist der Bund der Deutschen Katholischen Jugend.

Denkt an die Mahnung des Herrn: "Hütet euch vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber reißende Wölfe sind. An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen." Darum: Wegbleiben!

18.6.1959

Das katholische Pfarramt:  
gez. Walter Pfaff, Pfr.

Wie man sieht - Hochwürden machten die Sache summarisch ab. Aus der Sozialdemokratischen Partei wurde die "Sozialistische Partei" und die "Freireligiösen". Aus allem zusammen wurden "reissende Wölfe in Schafskleidern" ...

Und das, obwohl

"Die Falken" mit dem von Hochwürden angepriesenen Bund der Deutschen Katholischen Jugend im Bundes-Jugendring wie auch in Landesjugendringen sowohl eng zusammenarbeiten

und

nach amtlichen statistischen Unterlagen mehr als 90 Prozent

"Falken" einer der beiden christlichen Kirchen angehört und zum grössten Teile praktizierende Katholiken oder gläubige Protestanten sind!

Ganz zu schweigen von der üblen persönlichen Deamunzitation, die diese Giftpfeile aus der Bayerfelder Pfarrei darstellen - wen wandert es angesichts solch unverantwortlichen Treibens, wenn sich die Jugend bei uns noch immer nicht entschliessen kann, aktiver am politischen Leben teilzunehmen?

Wer kann es ihr verdenken, wenn sie hier - solange solche Dinge noch geschehen können - eine Art von Jugendgefährdung wittert, die nicht weniger verderblich ist, als jene, die Herr Wuermeling und seine Mannen so eifrig zu verhindern suchen?

Hier sollte wirklich einmal nicht irgendwer, sondern der Bund der Deutschen Katholischen Jugend und die geistlichen Vorgesetzten des Herrn Pfaff reinleuchten.

Ungekonntes Ablenkungsmanöver

sp - Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, wird in einigen westdeutschen Zeitungen wieder versucht, "Krach in der SPD" zu spielen; ein ungekonntes Ablenkungsmanöver von dem notdürftig geflickten Riss in der CDU.

"Schreckliches" hat sich in Berlin getan! "Linker" und "rechter" Flügel sagten sich die Meinung, Willy Brandt verliess verärgert eine Funktionärversammlung - so hiess es.

Was war wirklich los? Etwa 500 Funktionäre der SPD nahmen Referate des Berliner Senatore Dr. Günther Klein und des Regierenden Bürgermeister Willy Brandt über den Verlauf der Genfer Aussenministerkonferenz entgegen. Die Versammlung wurde vom stellvertretenden Landesvorsitzenden, Kurt Mattick, geleitet. Alles verlief wie üblich in einer sozialdemokratischen Versammlung. Es wurde diskutiert, unterschiedliche Meinungen wurden vorgetragen, kurz, nichts unterschied diese Veranstaltung von vielen anderen Veranstaltungen einer demokratischen Organisation. Nur zwei Diskussionsredner gerieten etwas scharf aneinander, wobei der eine Ulbricht mit Adenauer gleichstellte und der andere diese Betrachtungsweise der Dinge als zu einfach bezeichnete.

Die Versammlung ging über diese Meinungsverschiedenheit hinweg, indem sie mit überwältigender Mehrheit einen Antrag auf Schluss der Debatte annahm. Referenten und Versammlungsleiter hielten daraufhin das übliche Schlusswort. Niemand verliess vorzeitig die Versammlung. Also nichts Aufregendes, aber genug, um auf ersten Zeitungsseiten mit zweispaltigen Artikeln gewürdigt zu werden. Dieser Trick ist zu dumm.

Aber im Ernst: Muss denn eine normale und in jeder demokratischen Partei übliche Diskussion gleich so "aufgemacht" werden, dass sie als etwas Aussergewöhnliches in Erscheinung tritt? Oder gibt es eine Regieanweisung, die da lautet: Lenkt - mit welchen Mitteln auch immer! - von der durch Adenauers Verhalten angebahnten und nur provisorisch überdeckten Staatskrise ab.

Was ist Oberschülern über den Nationalsozialismus zu sagen?

Von Pfarrer Jürgen Schroer, Herausgeber der "Jungenwacht"

Der Sozialdemokratische Pressedienst veröffentlichte am 9. Juni 1959 eine scharfe Kritik seines langjährigen Mitarbeiters H.G.S. an einer von Pfarrer Jürgen Schroer herausgegebenen Broschüre der "Jungenwacht". Dieser Artikel hat Kontroversen ausgelöst, deren grundsätzliche Bedeutung uns veranlaßt, den Herausgeber der Broschüre zu einer abschließenden Bemerkung zu Wort kommen zu lassen.

Die Redaktion

Seit Jahr und Tag mühen wir uns, der Jugend geeignetes Aufklärungsmaterial über den Nationalismus, seine Vorgeschichte und seine Nachwirkungen in der Gegenwart in die Hand zu geben. Die Art und Weise, in der dieses sachlich richtig und für junge Menschen verständlich getan werden kann, ist unstritten. Sinn hat diese Aufklärung nur dann, wenn es gelingt, nicht nur eine Abscheu vor der verbrecherischen Taten, vor der organisierten Unmenschlichkeit in jungen Menschen aufzubauen, sondern ihnen dazu zu helfen, Hitler in uns selbst, die Ideen des NS in unserem Denken zu überwinden. Angesichts des Tagebuches der Anne Frank, angesichts der Massengräber in Bergen-Belsen fragt die jetzige junge Generation ihre Eltern: "Wie war das möglich, daß Hitler an die Macht kam, daß Ihr Hitler gewählt habt?" Die meisten Eltern schweigen, aus Scham oder aus Verhärtung - oder sie sagen: "Die Idee war nicht schlecht ..." Dies ist das Gefährlichste an der heutigen Situation: die Trennung zwischen Idee und Wirklichkeit des NS. Damit kann man sich von den Verbrechen distanzieren und gleichzeitig begründen, warum man damals Nationalsozialist war oder es sogar heute noch ist. Wie ist hier Aufklärung möglich? Sie kann nur dann richtig geschehen, wenn die junge Generation sich weder von ihren Eltern als von Dummköpfen oder Verbrechern distanziert noch deren nationalsozialistisches Denken übernimmt.

Die Schülerbibelkreise haben kürzlich einen Sonderdruck aus ihrer Monatszeitschrift "Jungenwacht" als Arbeitsmaterial für Besprechungen der Weltanschauung des NS herausgegeben. Gestaltet wurde dieses Heft auf Grund von jahrelangen Erfahrungen in der Behandlung dieses Themas mit Schülern der Oberklassen westdeutscher Oberschulen. Für die Gestaltung dieses Heftes ergaben sich folgende Gesichtspunkte:

- 1) Darstellung der Zeitgeschichte der anderthalb Jahrzehnte nach dem ersten Weltkrieg;

- 2) Darstellung dessen, was das Denken der Eltern verführt hatte, also Auseinandersetzung mit der Weltanschauung des NS, Abdruck und Kritik von Quellen, auch von Liedern und Gedichten, weil es heute von jungen Menschen oft einfach nicht geglaubt wird, daß so etwas gesungen und gesprochen worden ist;
- 3) Darstellung dessen, was das Gefühl der Eltern mitgerissen hat, also Fotos, die das zeigten, was den Eltern imponiert hatte und worauf sie hereingefallen waren. Auf Fotos von Konzentrationslagern und dergleichen wurde bewußt verzichtet, weil gerade diese Fotos bei den Schülern die Reaktion hervorriefen, daß man sich von den Verbrechen distanzierte, um das sogenannte Gute an der Idee weiter zu vertreten;
- 4) Darstellung der Untrennbarkeit von Idee und Wirklichkeit des NS, Stellungnahme zur NS-Weltanschauung und deren Erscheinungen in der Gegenwart, Hilfen zur Überwindung dieses Denkens.

Die Veröffentlichung dieses Heftes war ein Wagnis, aber dieses Wagnis ist nötig, wenn es wirklich dahin kommen soll, daß junge Menschen den NS geistig überwinden und nicht lediglich die braune Form dieser Weltanschauung abtun. Das Heft wurde für Schüler der Oberstufe geschrieben und setzte also einige Fähigkeit zum selbständigen Denken voraus. Es hat klare Kriterien zur Beurteilung der Probleme gezeigt und eindeutig gegen diese Perversion menschlichen Denkens und Handelns Stellung genommen.

Das Heft ist scharf kritisiert worden, positiv und negativ. Aber wenn H.G.S. im SPD-Pressedienst vom 9. Juni fordert, daß dieses Heft eingestampft werden soll, so muß dazu festgestellt werden:

- 1) Daß diese Bebilderung bei Menschen, die unter dem NS gelitten haben, sofort grauenhafte Erinnerungen weckt, ist uns bewußt. Die Schriftleitung hatte das Heft jedoch nicht für diesen Kreis von Menschen zu gestalten, sondern für Schüler der Oberstufen. Die Gründe für gerade diese Auswahl der Bilder sind oben dargelegt. Es mag sein, daß hier, trotz aller Bedenken, einige andere Bilder um der Unmißverständlichkeit willen hätten hinzugefügt werden sollen. Wer den Text des Heftes liest (eine Arbeitshilfe ist keine Illustrierte), wird nicht vermuten, daß mit diesen Bildern und den entsprechenden Versen etwas anderes als Dokumentation bezweckt wurde.
- 2) Die Auswahl der Zitate, mit der H.G.S. seine Ansicht über dieses Heft untermauert, ist willkürlich; sie gibt nicht den Charakter des Heftes wieder.
- 3) Es wäre zu begrüßen, wenn man in Zukunft vor der Abfassung solcher Stellungnahmen sich darüber vergewisserte, wer die für eine Publikation Verantwortlichen sind, und aus welchen Gründen sie eine Publikation so gestalten, statt sie des offenen oder versteckten Eintretens für den NS zu bezichtigen.

+ + +

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel